

Oberösterreichische Heimatblätter

Herausgegeben vom Landesinstitut für Volksbildung und Heimatpflege in Oberösterreich;
Leiter: W. Hofrat Dr. Aldemar Schiffkorn.

28. Jahrgang (1974)

Heft 1/2



37

INHALT

Max B a u b ö c k (†) und Albrecht E t z : Ein Lebensbild Franz Stelzhamers	3
Vinzenz J a n i k : Die Landschaftsentwicklung Oberösterreichs	36
Hans R ö d h a m m e r : Das Generalvikariat Hohenfurth 1940—1946	57
Josef O f n e r (†): Von der „Kreuzerspielhütte“ zum „Klosterkirchentheater“ — Ein Beitrag zur Theatergeschichte der Stadt Steyr	75
Georg W a c h a : Stammbücher aus Oberösterreich	78
Harry S l a p n i c k a : Vor 55 Jahren: Zweimal Standrecht in Oberösterreich	84
Lichtschalenstein im Stift Kremsmünster (P. Gottfried Engelhardt)	88
Die Abrahmgefäße (Fritz Thoma)	89
Univ.-Prof. Dr. Alfred Hoffmann 70 Jahre (Harry Slapnicka)	90
Wiss. Konsulent Professor Dr. Franz Vogl † (Ernst Burgstaller)	91
OSR Wiss. Konsulent Dr. Josef Ofner † (Dietmar Assmann)	92
Schrifttum	94

Vor 55 Jahren: Zweimal Standrecht in Oberösterreich

Von Harry Slapnicka

Das Aufatmen nach Ende des Ersten Weltkrieges dauert nicht lange; nur zu bald erkennt man, daß die kriegs- und nachkriegsbedingten Schwierigkeiten noch lange anhalten würden, und die wirtschaftliche Abschnürung des kleingewordenen Österreich erbrachte zusätzliche Schwierigkeiten. So sind der Unmut und die Unruhe in Oberösterreich in den Jahren 1919 und 1920 eher noch stärker als im Herbst 1918, als Ausschreitungen und Schießereien gewiß auch auf der Tagesordnung standen.

Im Feber 1919 kommt es in Linz zu Plünderungen, die fast alle Geschäfte der Innenstadt, aber auch den Bischofshof¹, das Jesuitenkloster am Freinberg und verschiedene Pfarrhöfe² in Mitleidenschaft ziehen. Am ersten Tag dieser Plünderungen, am 5. Februar 1919, wird das Standrecht für das Gebiet Linz-Stadt, Linz-Land und Urfahr verhängt³. Zu wesentlich blutigeren Ausschreitungen kommt es in Linz im Mai 1920, wobei es insgesamt 9 Todesopfer und mehrere Verwundete gibt. Das Standrecht wird am 10. Mai 1920 verhängt und am 15. Mai 1920 aufgehoben⁴. Diesmal muß für die Dauer des Standrechtes, das für das gleiche Gebiet wie 1919 ausgesprochen wird, der Scharfrichter aus Wien nach Linz beordert werden, ohne daß er in Aktion treten muß. Es gibt mehrere hundert Verhaftete, und als die Opfer der Ausschreitungen am 13. Mai 1920 begraben werden, wird der Zeitpunkt des Begräbnisses in Linz nicht bekanntgegeben und der Friedhof bleibt während der Dauer des Begräbnisses gesperrt.

Gründe, die zu dieser Entwicklung führen, gibt es natürlich bündelweise. Vorerst sind es für den städtischen Bereich tatsächlich der Hunger und der Mangel an fast allen Bedarfsgütern. Ähnlich wie in den meisten anderen Ländern war auch in Oberösterreich die landwirtschaftliche Produktion im Verlauf des Krieges um rund die Hälfte abgesunken; beim Hafer macht der Ertrag nur noch 41,03 Prozent aus (Vergleichswerte jeweils 1913 und 1921!), beim Roggen 48,26 Prozent, bei Gerste 61,40 Prozent bei einer allerdings starken Ausweitung der Anbaufläche auf 194,31 Prozent des ursprünglichen Ausmaßes, bei Weizen immerhin noch 62,55 Prozent. Die stark gesunkene Arbeitsmoral, willkürliche und nicht

immer vernünftige Eingriffe der Volkswehr und der Rätegruppen vor allem beim Viehbestand, dazu eine nach Kriegsende kaum besser gewordene Liefermoral der Bauern erschweren die Versorgungslage oder bessern sie nur langsam. Es ist eine Zeit, in der alle nur verteilen, wenige aber produzieren wollen. Tauschgeschäfte der Länder untereinander, der Versuch einzelner Bundesländer, Handelsabkommen mit anderen Staaten, etwa der Tschechoslowakei oder Italien, abzuschließen, werden in bester Absicht unternommen, verstärken aber noch das Chaos.

Insgesamt dauert diese Entwicklung zweieinhalb Jahre. Mit Beginn des Jahres 1921 bricht dann die Lebensmittelbewirtschaftung rasch in sich zusammen. Im April 1921 können anstelle der bisherigen Milchlieferung freiwillige Lieferverträge treten. Die Lieferpflicht für Hühnerhalter wird auf 25 Eier je Huhn und Jahr festgelegt. Erstmals wird im Mai 1921 wieder in Linz Weißgebäck gebacken und normales Bier gebraut. Gleichzeitig wird der Verkehr von Obst und Gemüse freigegeben. Ab Juni 1921 dürfen z. B. Pferde aus Oberösterreich in andere Bundesländer verkauft werden, im Oktober folgt die völlige Freigabe des Kartoffelverbrauches, nachdem auch die Verkehrsbeschränkung für Vieh freigegeben worden war⁵.

Die Lebensmittelknappheit und der Hunger der Jahre 1918, 1919 und 1920 sind aber nur die eine Seite. Nicht weniger gewichtig ist die revolutionäre und teilweise auch anarchistische Stimmung, die auch in Oberösterreich Fuß gefaßt hatte.

¹ Das Beschwerdeschreiben von Bischof Gföllner an den Volkswehrkommandanten mit Vorwürfen gegen die an der Plünderung teilnehmenden Volkswehrsoldaten ist nur in einer Abschrift erhalten. OÖLA, Geh. Präs. Akte, Sch. 398, 772/926 Präs. 1919 — 6B.

² So erzählte man über das Eindringen von Plünderern in der Linzer Herz-Jesu-Pfarr; als der Pfarrer als „fettes Schwein“ bezeichnet wurde, brachte er die Eindringenden durch derb-humorvolle Worte, „Ich freß auch schon ein paar Jahre länger als ihr“ zum Rückzug.

³ Kundmachungen in den Linzer Tageszeitungen vom 5. 2. 1919.

⁴ Kundmachungen in den Linzer Tageszeitungen vom 12. 2. 1920 und vom 16. 5. 1920.

⁵ Harry Slapnicka, Von Hauser bis Eigruber, Linz 1974, 142 ff.

Deutlicher Ausdruck dieser Stimmung ist etwa die Tatsache, daß innerhalb der politischen Linken vorerst der Räteflügel und Rätetendenzen stärker zum Durchbruch kommen als der Flügel der demokratischen Sozialisten oder die Gewerkschaft. Dieses Hin- und Herschwanen von zwei fast gleich starken Gruppen im Bereich der politischen Linken beherrscht das letzte Vierteljahr des Jahres 1918, das ganze Jahr 1919, und erst 1920 senkt sich Schritt für Schritt die Waage zugunsten der demokratischen Sozialisten. Dann allerdings fällt im Verlauf des Jahres 1921 die Bedeutung der Arbeiter- und Soldatenräte, auch die der rasch und sorglos aufgestellten Volkswehr in sich zusammen. Die Normalisierung der Lebensmittelversorgung mag ebenso Anteil haben wie das Erstarken der Gewerkschaft und die Errichtung der Arbeiterkammer.

Vorerst aber ist der Einfluß der russischen Oktoberrevolution über russische Kriegsgefangene wie über österreichische Kriegsheimkehrer auch in Oberösterreich unverkennbar. „Wir wollen es russisch machen“, hatte man bei Kriegsende in Steyr gerufen⁶. Und noch nach der ersten Plünderungsaktion hieß es beim Linzer Arbeiterrat im Feber 1919, „daß wir nur das schützen, was in unserem Interesse liegt, aber nicht jene Leute, welche uns ausbeuten. Der jetzige Staat ist nicht wert, daß man ihn schützt“⁷. Diese Stellungnahme entspricht etwa der, in der die Aufgabe der Arbeiterräte Oberösterreichs definiert wird: „Die Proletarier haben sich in den Arbeiterräten eine wirkungsvolle Waffe zur Bekämpfung des kapitalistischen Systems geschaffen, sie als solche auch anerkannt und werden sich ihrer auch bedienen, bis der sozialistische Staat geschaffen ist“⁸. Nun mögen das vielfach auch nur große Worte gewesen sein, sie zeigen doch jene Stimmung, die in Oberösterreich in den ersten zweieinhalb Jahren nach Kriegsende mehrmals zu Explosionen geführt hat.

Neben Hunger und Kälte und dieser revolutionär-anarchistischen Gesinnung ist es vor allem das Sicherheits-Vakuum in den Städten, das die Plünderungen zwar nicht verursacht, aber eben auch nicht verhindern kann, vielleicht aber dazu ermuntert. Von den ersten Nachkriegstagen an baut man in Oberösterreich vor allem die Gen-

darmerie systematisch, wenn auch nicht hypertroph, aus. Und hier ergeben sich gleich die ersten Überschneidungen mit der Volkswehr, deren Planung ebenfalls je Bezirk ein Volkswehr-Bataillon vorsieht. Es ergeben sich auch sofort die ersten Spannungen, etwa wenn ein junger Volkswehr-Leutnant einem alten Gendarmen unterstellt wird oder umgekehrt. Vor allem aber weiß man in diesen ersten Wochen gar nicht, welche Aufgaben dieser neuen Volkswehr zugedacht sind: eine bessere Arbeitslosenfürsorge — wie es auch in Oberösterreich mehrfach definiert wird —, eine Grenzschutztruppe oder etwa auch eine Einheit, die der inneren Friedenssicherung dienen soll. Gibt es also am flachen Land Kompetenzüberschneidungen, so gibt es in den Städten, vor allem in Linz, Steyr, aber auch in Wels, ein Kompetenz-Vakuum, denn hier ist eigentlich weder Volkswehr noch Gendarmerie zuständig, und die städtischen Sicherheitswachen fallen kaum ins Gewicht. Mag auch das Aufeinanderprallen von Volkswehr und Gendarmerie vor allem in Steyr sichtbar werden, wo sich anläßlich der dortigen Ausschreitungen und Plünderungen unter den zwei Toten ein Gendarmerieschüler befindet, so sind auch in Linz und auch noch im Jahre 1920 die Spannungen unverkennbar, so etwa wenn das „Tagblatt“ über die Vorfälle schreibt: „Mittlerweile war auch die Gendarmerie am Platz erschienen und nun nahmen die Ausschreitungen einen gefährlichen Charakter an. Wer die Gendarmerie zur Assistenz berufen hat, ist momentan noch nicht festgestellt, jedenfalls war es ein grober taktischer Fehler, die unbeliebte Gendarmerie der aufgeregten Menge gegenüberzustellen. Jedem Einsichtigen war es klar, daß die Menge noch mehr gereizt würde“⁸. Tatsächlich aber ist auch der Einsatz der Volkswereinheiten in Linz und in Steyr ein Fiasko, und das aus vielerlei Gründen: einmal ist es die völlig ungeklärte Befehlsgewalt zwischen Offizieren und Soldatenrat, die den Einsatz bestenfalls verzögert. Bezüglich Linz wird von sozialistischer Seite vor allem der Landes-

⁶ Hans Witzany, in: Oberösterreich und die November-Revolution 1918. Linz 1928, 83.

⁷ LTgbl. 1919, Nr. 107.

⁸ LTgbl. 1919, Nr. 29.

befehlshaber zum Prügelknaben gemacht: „Der Volkswehrkommandant von Linz, Oberst Pöschmann, hat sich seiner Aufgabe völlig ungewachsen erwiesen, weshalb die tatsächliche Befehlsgewalt auf die Arbeiter- und Soldatenräte überging⁹.“ In Steyr kommt es zu einem sichtbaren Machtverlust des Soldatenrates, der nach Wien berichten muß, daß die Mannschaft dem Soldatenrat „zum wiederholten Maße versprochen hat, daß sich die Vorfälle in Steyr vom 9. und 10. des Monats in keiner Weise wiederholen werden“¹⁰. Gewiß waren inzwischen aus der Volkswehr die übelsten Elemente entfernt worden, aber gerade diese lösen vielfach die Demonstrationen und Plünderungen aus — und das oft noch in Uniform oder in einer uniformähnlichen Bekleidung. Die blutigen Demonstrationen vom Mai 1920 lösen schließlich im Linzer Arbeiterrat die schwerste Krise aus und führen zum vorübergehenden Rücktritt des Führers der Arbeiterräte, Strasser. Auch wenn diese interne Auseinandersetzung über die Rolle der Kommunisten im Arbeiterrat und bei den Ausschreitungen bereinigt werden kann, ist die entscheidende Rolle der Arbeiterräte dahin.

Bedeutungsvoll für diese Entwicklung ist natürlich auch das Übermaß an Waffen, die sich seit Kriegsende in Händen nunmehriger Zivilisten befinden und einen bedeutenden Unsicherheitsfaktor darstellen. Zwar sind Landesregierung, Gendarmerie, aber auch der Soldatenrat energisch für eine Waffenabgabe, deren völlige Einhaltung aber niemand überprüfen kann.

Die Vorfälle vom Jänner 1919 werden übrigens auch durch zahlreiche Hinweise im Inseratenteil der Zeitungen bemerkenswert illustriert. So erscheint ein Inserat des Linzer Kaufmannes Friedrich Tscherne¹², wonach in seinem Geschäft lediglich die ihm rechtmäßig zugewiesene Zuckermenge von 10.800 kg vorhanden gewesen sei, was — im selben Inserat — auch vom städtischen Marktamt, dem Bürgermeister, dem Garnisonsoldatenrat und dem Arbeiterrat bestätigt wird. Die Linzer Obstverwertung L. und S. Kafka stellt, ebenfalls im Inseratenteil¹¹, fest, daß wegen der vom Arbeiter- und Soldatenrat beschlagnahmten Zuckermenge die Marmeladeproduktion gefährdet sei, was wieder vom Landeswirt-

schaftsamt bestätigt wird. Raffiniert als „Dank an die Volkswehr und Richtigstellung“ gekennzeichnet, erscheint ein Inserat des gewesenen Rittmeisters Weyse, der beschuldigt worden war, von seiner Wohnung aus in die Menge geschossen und einen Invaliden erschossen zu haben. Er erklärte, daß in seiner Wohnung nur das Dienstmädchen und ein Säugling gewesen seien. Nach der Beschuldigung habe er sich „zum Schutz seines Lebens in die Schloßkaserne begeben und um Schutzhaft gebeten“¹². Unterschiedlich sind aber auch die Reaktionen auf die Plünderungswelle. So bietet die Linzer Kleiderfirma Nekta (Eichner und Ungar) jenem tausend Kronen, der den abhandenen Perserteppich zurückbringt⁹. Das Kaufhaus Hirschfeld auf der Landstraße verspricht „hohe Belohnung denjenigen, die uns behilflich sind, die geraubten Waren zustandezubringen“⁹. Kaufmann Jentschke wieder ersucht lediglich um Rückgabe der wichtigsten Geschäftspapiere und erklärt weiter: „Und garantiere ich persönlich, daß ich weder um Namen oder Stand des Überbringers frage“⁹.

Die Verhängung des Standrechts von 1919 und 1920 zeigt übrigens die Machtverhältnisse und den Wandel der Machtverhältnisse unmißverständlich auf. 1919 erfolgt die Verhängung des Standrechts im Einvernehmen mit dem Landesgerichtspräsidenten und dem Ersten Staatsanwalt, unterzeichnet wird es — in dieser Reihenfolge — durch die Provisorische Landesregierung, den Arbeiter- und Soldatenrat und den Landesbefehlshaber³. Ganz anders ist dies beim Standrecht von 1920. Es wird gewiß wieder im Einvernehmen mit dem Landesgerichtspräsidenten und dem Ersten Staatsanwalt gemäß § 429 der Strafprozeßordnung verhängt — jedoch nur durch die oberösterreichische Landesregierung. In den zur Ruhe mahnenden Aufrufen, die gleichzeitig im „Tagblatt“ erscheinen, steht an erster Stelle die Landesregierung, dann der Linzer Bürgermeister, die sozialistische Landesparteivertretung und an letzter Stelle der Arbeiterrat¹³.

⁹ LTgbl. 1919, Nr. 31.

¹⁰ OÖLA, Geh. Präs. Akte, Sch. 11h, 202/1021, Präs. 1918.

¹¹ LTgbl. 1919, Nr. 37.

¹² LTgbl. 1919, Nr. 33.

¹³ LTgbl. 1920, Nr. 109.

Sind die Ausschreitungen des Jahres 1919 in erster Linie eine Hungerrevolte, so sind die politischen Auswirkungen doch weit brisanter als die von 1920, denn man steht unmittelbar vor den ersten Nationalratswahlen der Republik, und auch die ersten oberösterreichischen Landtagswahlen warfen bereits ihre Schatten voraus. Von sozialistischer Seite werden deshalb die größten Anstrengungen gemacht, negative politische Auswirkungen abzuschwächen. „Auch der Mittelstand war unter den Demonstranten stark vertreten“, heißt es in einer ersten Stellungnahme, und später wird auch von einem „bürgerlichen Mob“ gesprochen. Ausdrücklich wird darauf verwiesen, daß es sich um keine Erscheinungsform eines „Bolschewismus“ gehandelt habe. „Alle diese Anhänger des alten Gewaltstaates sind die wahren Schuldigen an den grauenvollen Vorgängen des gestrigen Tages¹⁴.“ Und letztlich

schreibt man: „Mit dem Geld unserer politischen Gegner offenbar bestochene sogenannte radikale Elemente treten als Führer der Massen auf. Die Ausschreitungen des gestrigen Tages richten sich gegen unsere Partei¹⁴.“ 1920 wird dann völlig anders kommentiert: „Die organisierte Arbeiterschaft stand den traurigen Vorfällen vollkommen fern“, aber auch von „Kommunisten, gerichtlich Abgestraften und polizeilich gesuchten Individuen . . .“ wird gesprochen¹⁵.

Beide Vorfälle zeigen, daß das Kriegsende und der Übergang von der Kriegswirtschaft in eine, wenn auch gewiß recht dürftige, Friedenswirtschaft auch in Oberösterreich keineswegs reibungslos vor sich geht, wobei die Räteregierungen in Bayern wie in Ungarn noch eine zusätzliche außenpolitische Gefährdung bedeuten.

¹⁴ LTgbl. 1919, Nr. 30.